

Inhaltsverzeichnis

1. Konjunktur

- Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe gestiegen
- Mecklenburg-Vorpommern beim Wirtschaftswachstum vorne
- Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur kommt nicht in Fahrt
- Exporte in Nicht-EU-Staaten gesunken

2. Unternehmen

- Geschäftsklima für Selbstständige sinkt
- Sparkassen-Studie: Mittelstand gerät unter Druck
- Ifo-Geschäftsklimaindex erneut gesunken

3. Politik

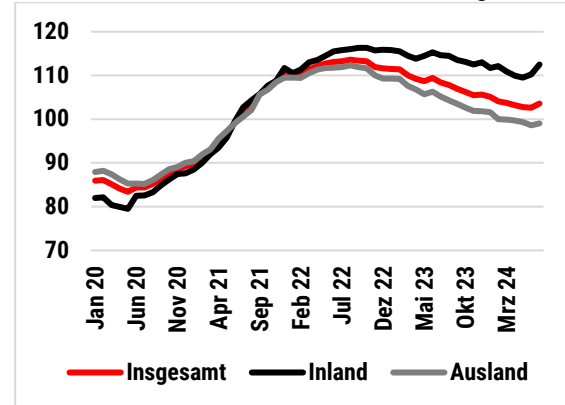
- Start-up-Strategie der Bundesregierung fast umgesetzt
- Wirtschaftsverband der Grünen gegen Förderprogramme
- IG-Metall verlangt E-Auto-Förderpaket
- Trump-Sieg könnte deutsche Exporte schwächen

1. Konjunktur

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe gestiegen¹

Im **Juli 2024** verzeichnete der **Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe** einen **saison- und kalenderbereinigten Anstieg**. Es handelt sich dabei um den **ersten Anstieg seit Dezember 2023**. Trotz dieser positiven Entwicklung ist der Auftragsbestand **im Vergleich zum Vorjahresmonat weiterhin schwach**. Diese Situation deutet auf eine **allmähliche Stabilisierung der Branche** hin, die jedoch **noch nicht die Vorkrisenniveaus** erreicht hat.

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
2021 = 100; kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anstieg des Auftragsbestands im Juli 2024 wurde **vor allem durch den Sonstigen Fahrzeugbau und die elektrischen Ausrüstungen** unterstützt. Der **Maschinenbau** zeigte jedoch einen **Rückgang**, was das Gesamtergebnis negativ beeinflusste. Zudem verzeichneten die offenen Aufträge **im Inland und Ausland Zuwächse**, während auch die **Hersteller von Investitionsgütern sowie die Bereiche Vorleistungs- und Konsumgüter wuchsen**.

Die **Reichweite des Auftragsbestands** gibt an, **wie lange ein Betrieb bei gleichbleibendem Umsatz ohne neue Auftragseingänge produzieren müsste**, um die existierenden Aufträge abzuarbeiten. Im Juli 2024 stieg die Reichweite des Auftragsbestands leicht an und zeigt eine positive Entwicklung. Bei den Herstellern von Investitionsgütern nahm die Reichweite ebenfalls zu, was auf eine stabile Auftragslage hinweist. Im Gegensatz dazu blieb die Reichweite bei den Herstellern von Vorleistungs- und Konsumgütern konstant. Dies signalisiert eine gewisse Stabilität in diesen Bereichen.

¹ Statistisches Bundesamt. (2024, September 18). [Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2024: +1,0 % zum Vormonat](#)

BVMW-Intern

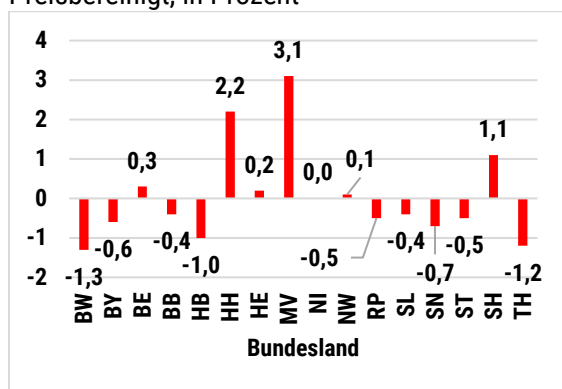
Ökonomiebriefing 2024/KW39 27.09.2024

Wirtschaftswachstum der Bundesländer: Mecklenburg-Vorpommern liegt vorn²

Die statistischen Ämter von Bund und Ländern haben auf ihrem gemeinsamen Portal Daten zum **Wirtschaftswachstum der Bundesländer für das erste Halbjahr 2024** veröffentlicht, die Aufschluss über die **Unterschiede in der Konjunktur** geben.

BIP-Wachstumsraten im 1. Halbjahr 2024

Preisbereinigt; in Prozent



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete das stärkste wirtschaftliche Wachstum unter den Bundesländern. Verantwortlich dafür ist ein **deutlicher Anstieg der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe**. Auch im Norden Deutschlands konnten **Hamburg und Schleswig-Holstein positive Entwicklungen** verzeichnen.

In **Baden-Württemberg** gab es einen **Rückgang des BIP**, der auf **Schwächen in der Industrie und im Baugewerbe** zurückzuführen ist. Ähnliche ungünstige Entwicklungen sind auch in Thüringen, Bremen, Sachsen, Bayern und Brandenburg zu beobachten.

Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur kommt nicht in Fahrt³

Laut dem Herbstgutachten 2024 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose wird das

² Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2024, September 24) [Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder](#)

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahr 2024 voraussichtlich um 0,1 Prozent sinken. Für 2025 und 2026 prognostizieren die beteiligten Institute ein schwaches Wirtschaftswachstum von 0,8 bzw. 1,3 Prozent. **Diese Vorhersage bedeutet eine Abwärtsrevision gegenüber der Frühjahrsprognose um 0,2 bzw. 0,6 Prozentpunkte.**

Eckdaten der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024 für Deutschland

	2024	2025	2026
BIP-Wachstum (%)	-0,1	0,8	1,3
Arbeitslosenquote (%)	6,0	6,0	5,7
Inflation (%)	2,2	2,0	2,0
Finanzierungssaldo des Staates (in Mrd. €)	-92,6	-82,5	-85,9

Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose #2 - 2024

Neben konjunkturellen Schwächen beeinflusst auch der tiefgreifende strukturelle Wandel die deutsche Wirtschaft. Insbesondere die **Dekarbonisierung, Digitalisierung und der demographische Wandel** erfordern **umfassende Anpassungen, die das Wachstum bremsen**. Auch die zunehmende Konkurrenz durch chinesische Unternehmen trägt zur gedämpften Wirtschaftsleistung bei, insbesondere in energieintensiven Branchen und im Verarbeitenden Gewerbe, das zudem unter hohen Energiekosten und einem globalen Nachfragerückgang leidet.

Der Anstieg der Energiepreise macht Deutschland langfristig für energieintensive Industrien unattraktiver, was deren Produktion um 15 % unter das Niveau von 2021 drückt. **Gleichzeitig verschiebt sich der Fokus zunehmend auf den Dienstleistungssektor, da dort niedrigere Arbeitsproduktivität herrscht, was den Produktivitätsfortschritt insgesamt hemmt.** Die Bedeutung der Industrie ist in Deutschland zwar weiterhin vergleichsweise hoch, dennoch kann

³ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (26.09.2024): [Gemeinschaftsdiagnose – Analysen und Prognosen der wirtschaftlichen Lage in Deutschland](#)

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW39

27.09.2024

diese Beobachtung als Trend zur Deindustrialisierung gewertet werden.

Der Arbeitsmarkt zeigt ebenfalls die Auswirkungen dieser Entwicklungen. **Die Arbeitslosenzahl steigt 2024 voraussichtlich auf 2,775 Millionen, was einer Quote von 6,0 Prozent** entspricht. Eine Entspannung wird erst 2025 erwartet, wenn sich die wirtschaftliche Erholung abzeichnet.

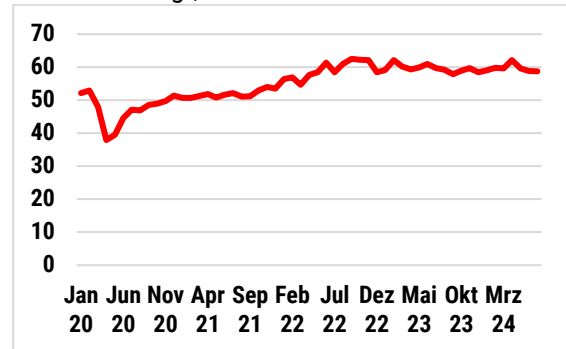
Positiv wirken sich jedoch steigende Realeinkommen auf den privaten Verbrauch aus. Auch die Erholung der Konjunktur in wichtigen europäischen Absatzmärkten und verbesserte Finanzierungsbedingungen werden zu einer Belebung der Investitionen beitragen.

Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Lage angespannt, daher gilt es unverzüglich wirtschaftspolitisch gegenzusteuern. **Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Steigerung des Produktionspotenzials sollten sich auf Ursachen der Schwäche fokussieren.** Neben der Förderung von Arbeitsanreizen und Produktivität sind Bürokratieabbau, Investitionen in Bildung und Forschung sowie eine Überprüfung der Subventionspolitik entscheidend. Zudem sind kreditfinanzierte Infrastrukturinvestitionen trotz Schuldenbremse möglich.

Exporte in Nicht-EU-Staaten gesunken⁴

Die **deutschen Exporte in die Staaten außerhalb der Europäischen Union** sind im August 2024 im Vergleich zum Vormonat gesunken. Laut vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden im August 2024 Waren im Wert von 58,5 Milliarden Euro in diese Länder exportiert.

Exporte in Nicht-EU-Staaten
Saisonbereinigt; in Milliarden EUR



Quelle: Statistisches Bundesamt

Im **Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Exporte gesunken.** Die **USA** blieben der **wichtigste Handelspartner** für die deutschen Exporteure. Waren im Wert von 12,6 Milliarden Euro wurden dorthin exportiert. Diese **Exporte in die USA** verzeichneten einen **Rückgang im Vergleich zum August 2023.** Nach **China** hingegen wurden **deutlich weniger Waren** exportiert, während die Exporte ins Vereinigte Königreich einen Anstieg verzeichnen.

2. Unternehmen

Ifo-Geschäftsklimaindex erneut gesunken⁵

Die **Stimmung in den deutschen Unternehmen** hat sich im September weiter **verschlechtert.** **Dies ist der vierte Rückgang in Folge.** Die Zufriedenheit mit den laufenden Geschäften nahm deutlich ab. Der Ausblick auf die kommenden Monate wurde pessimistischer. Insgesamt gerät die deutsche Wirtschaft zunehmend unter Druck.

⁴ Statistisches Bundesamt. (2024, September 23). [Exporte in Nicht-EU-Staaten im August 2024: Voraussichtlich -1,1 % zum Juli 2024](#)

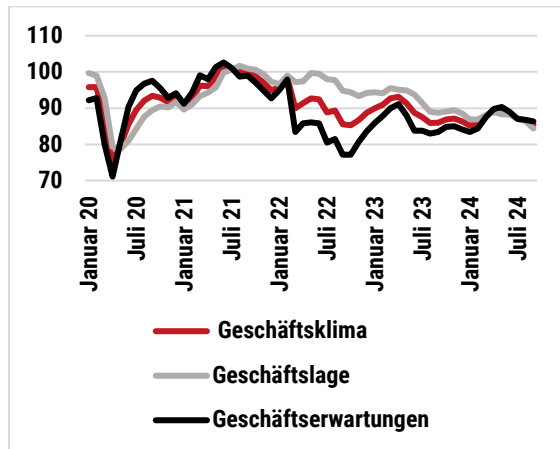
⁵ ifo Institut. (2024). [ifo Geschäftsklimaindex gesunken](#)

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW39

27.09.2024

ifo Geschäftsklimaindex



Quelle: ifo-Institut

Im **Verarbeitenden Gewerbe** sank das Geschäftsklima auf den **niedrigsten Stand seit Juni 2020**. Der **Auftragsmangel belastet die Kernbranchen der deutschen Industrie**. Auch im Dienstleistungssektor verschlechterte sich die Stimmung, während sich im Tourismus und Gastgewerbe eine leichte Verbesserung zeigte.

Im **Handel verschlechterte sich das Geschäftsklima**, besonders der Ausblick auf die kommenden Monate war von mehr Pessimismus geprägt. Auch die Einschätzung der aktuellen Lage fiel etwas negativer aus. Im **Bauhauptgewerbe hingegen verbesserte sich das Klima dank weniger pessimistischer Erwartungen**, obwohl die Unternehmen mit den laufenden Geschäften weniger zufrieden waren.

Geschäftsklima für Selbstständige sinkt⁶

Das **Geschäftsklima für Selbstständige hat sich im August deutlich verschlechtert** und erreichte den **tiefsten Stand des Jahres**. Die Beurteilung der **aktuellen Lage fiel spürbar negativer** aus, und der **Pessimismus bezüglich der Geschäftserwartungen nahm zu**. Die Selbstständigen können sich dem Abwärtstrend der Gesamtwirtschaft

nicht entziehen, und es gibt kaum Anzeichen für Optimismus.

Der Rückgang im Geschäftsklima **fiel stärker aus als in der Gesamtwirtschaft**. Ein zentrales Problem bleibt der Auftragsmangel, da **sowohl Großunternehmen als auch Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit zurückhaltend** sind. Viele Selbstständige im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel berichten von **rückläufigen Umsätzen**, während es im Tourismus eine Verbesserung der Situation gibt.

Sparkassen-Erhebung: Energiepreise belasten mittelständische Firmenkunden⁷

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) hat eine Befragung mittelständischer Unternehmen durchgeführt. Trotz **hoher Eigenkapitalquoten** sieht der Mittelstand sich **steigenden Kosten für Personal, Energie und Materialien** gegenüber, was die wirtschaftliche Basis des Landes gefährden könnte. Es wurden **Investitionen in die Infrastruktur und mehr Freiräume für Unternehmen gefordert**, um die Innovationskraft zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Vergleich zu sichern.

Besondere Herausforderungen für den Mittelstand liegen in den **hohen Energiekosten und der zunehmenden Bürokratie**. Beide hemmen Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit. Es wurde vor den **Risiken einer schleichenden Deindustrialisierung** gewarnt und sowohl **private Investitionen, als auch politische Maßnahmen zur Entlastung des Mittelstands** gefordert. Zudem wurde die **Bedeutung von Unternehmertum und Fachkräftezuwanderung betont**, um langfristig Wohlstand und Innovationskraft in Deutschland zu sichern.

3. Politik

⁶ ifo Institut. (2024, September 17). [Geschäftsklima für Selbstständige tiefer im Minus](#)

⁷ Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV). (2024). [Zukunft Mittelstand 2024](#)

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW39

27.09.2024

Start-up-Strategie der Bundesregierung fast umgesetzt⁸

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat den **zweiten Fortschrittsbericht zur Start-up-Strategie der Bundesregierung** vorgelegt. Aus dem Bericht geht hervor, dass ein **Großteil der vorgesehenen Maßnahmen zur Förderung von Start-ups entweder bereits umgesetzt wurde oder sich in der laufenden Umsetzung befindet**, was auf erhebliche Fortschritte seit der Einführung der Strategie hinweist.

Einige Maßnahmen befinden sich noch in der Vorbereitungsphase, während ein kleiner Anteil bisher nicht bearbeitet wurde. Dazu gehört beispielsweise die geplante Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung in größeren Start-ups. Insgesamt verweist der Bericht auf eine überwiegend positive Entwicklung bei der Umsetzung der Start-up-Strategie.

BVMW-Position

Die Bemühungen der Bundesregierung zur Stärkung der Start-up-Strategie **sind grundsätzlich zu begrüßen**. Die bereits umgesetzten Maßnahmen können dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer zu verbessern, was insbesondere für den mittelständischen Sektor von Bedeutung ist. Ein dynamischer Start-up-Sektor kann nicht nur neue **Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit** der Volkswirtschaft stärken.

Dennoch bleibt **Deutschland im internationalen Vergleich ein weniger attraktiver Gründungsstandort**. Faktoren wie eine **komplexe Bürokratie, hohe Steuerbelastungen und eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten zu Risikokapital** erschweren es vielen Unternehmen, ihre Ideen erfolgreich umzusetzen. Zudem wird die **Innovationskultur in Deutschland nicht als risikofreudig** wahrgenommen werden, was potenzielle Gründer abschrecken könnte. Um als Gründungsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben,

⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). (2024). [Zweiter Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Start-up-Strategie der Bundesregierung](#).

müssen weitere Hürden für Unternehmensgründungen reduziert werden.

Wirtschaftsverband der Grünen gegen Förderprogramme⁹

Bei einem Treffen mit der Führung der Grünen forderte der Verband Wirtschaftsminister Habeck auf, **Investitionen der Wirtschaft nicht durch Förderprogramme, sondern durch vereinfachte Abschreibungsmöglichkeiten** zu erleichtern. Auf diese Weise würden die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und Anreize für wirtschaftliches Engagement geschaffen.

Der Verband fordert **verstärkt auf steuerbasierte Investitionsanreize und erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten** mit kürzeren Laufzeiten zu setzen, insbesondere im Bereich grüner Technologien. Um Investitionen zu fördern, sollen **öffentliche Mittel als Sondervermögen bereitgestellt werden**, um Planungssicherheit zu schaffen. Dieses Geld sollte dann für **Bürokratieabbau, Infrastruktur und vereinfachte Abschreibungsmöglichkeiten** bei Investitionen verwendet werden.

BVMW-Position

Der BVMW betont die **Dringlichkeit eines Bürokratieabbaus und verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen**. In einer dynamischen Wirtschaft sind einfache, transparente Regelungen entscheidend, um agiles Handeln und Investitionen in zukunftsweisende Technologien zu ermöglichen. Während Bürokratieabbau und flexiblere Abschreibungsregeln essenziell sind, können **gezielte Förderprogramme sinnvoll eingesetzt werden**, um Unternehmen während der notwendigen Transformationen zusätzliche Unterstützung zu bieten.

⁹ Kersting, S., & Olk, J. (2024, September 23). [Grünen-Wirtschaftsvereinigung fordert Abkehr von Förderprogrammen](#). Handelsblatt.

Trump-Sieg könnte deutsche Exporte schwächen¹⁰

Die **Handelspolitik der Biden-Regierung** konzentrierte sich auf die **Reindustrialisierung und den Schutz amerikanischer Arbeitnehmer**, mit einer **Verringerung der Abhängigkeit von globalen Lieferketten**. Diese **protektionistische Politik** könnte **unter einer möglichen US-Präsidentin Harris fortgesetzt** werden, während eine **zweite Trump-Regierung eine aggressive Zollpolitik** einführen könnte, die Handelskonflikte verschärft. Beide Ansätze zeigen, dass die **USA kein einfacher handelspolitischer Partner** bleiben.

Die **transatlantischen Handelsbeziehungen sind eng, jedoch von Ungleichgewichten** geprägt. Studien zeigen, dass **Trumps Zölle die deutschen Exporte beeinträchtigen** würden, wobei einige Einbußen durch Exporte in andere Länder kompensiert werden könnten. Zudem würde eine **Wiederwahl Trumps negative Auswirkungen auf die US-Wirtschaft** haben, besonders durch sinkenden Konsum, was auch weltweit spürbare Folgen hätte.

Unabhängig vom Wahlausgang wird die geopolitische Rivalität zwischen den USA und China zunehmen, was Europa unter Druck setzen könnte, sich strategisch zu positionieren. Experten raten der EU, sich auf mögliche globale wirtschaftliche Unsicherheiten vorzubereiten.

BVMW-Position

Die USA sind für die deutsche Wirtschaft ein **zentraler Handelspartner, insbesondere im Export von Waren und Dienstleistungen**. Viele mittelständische Unternehmen profitieren von den transatlantischen Geschäftsbeziehungen, da die USA nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt sind, sondern auch eine starke Innovationskraft besitzen, die für deutsche Unternehmen von großem Nutzen ist. **Stabile und partnerschaftliche Handelsbeziehung mit den USA sind daher entscheidend** für einen florierenden Export.

Um in den Verhandlungen nicht vom Wohlwollen der **US-Regierung** abhängig zu sein, muss die Bundesregierung die **Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen aktiv fördern**. Dazu gehören **gezielte Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bürokratieabbau**. Nur wenn der Mittelstand gestärkt wird, können deutsche Unternehmen **international auf Augenhöhe** agieren und sich im globalen Wettbewerb behaupten, insbesondere in Zeiten **zunehmender protektionistischer Tendenzen auf dem US-Markt**.

Berlin, 27.09.2024

Gez.: Ole Drabner ole.drabner@bvmw.de

Jasper Lücke jasper.lueke@bvmw.de

Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de

¹⁰ Mildner, S.-A., Baur, A., Flach, L., et al. (2024). [Präsidentschaftswahl in den USA – Konsequenzen für](#)

[Deutschland und Europa](#). *ifo Schnelldienst*, 77(9), 3–28.